Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

allein nicht Erstrebenswertes. Der Franzose hingegen formt in erster Linie Sprache als Mitteilung. Deshalb ist er auch der Meister des Gesprächs in dessen weitester und schönster Bedeutung. Die Beschränkung des Deutschen auf Sprache als Ausdruck hat die Folge, daß, wie Hofemannsthal sagt, "unsere höchsten Dichter allein die Sprache sprachegemäß gebrauchen", denn nur sie sind imstande, ein Absolutes (und das ist der reine Ausdruck) zu gestalten. Das Relative der Sprache, die gesormte Umgangssprache sehlt uns — ein Abgrund klasst zwischen Bolkssprache und Hohe Sprachgeburt, in den hohen Denkmälern blickt das Naturhaste durch — in beiden zusammen ist die Nation, aber wie unssicher und zerrissen ist dieser Zustand, wie bedarf es des Schlüssels der Vertrautheit, um einem solchen Volk ins Innere zu dringen!"

Es ist die Zeit da für ein Buch wie dieses. Wir haben es alle nötig, uns auf die unauswechselbaren, schicksalsmäßigen Grundlagen unseres Wesens zu besinnen. Und ich gestehe, noch ganz selten ein Buch getroffen zu haben, das mit so weiser Andacht, so reinem Kampf sich zu den Dingen des Lebens bekannt hätte. Es ist ein Buch, das zu jedem Wenschen gehört, dem Wert und Ehre deutscher Sprache sich auch nur ahnungsvoll je enthüllen wollte. Er wird es nicht mehr missen können, denn er wird es immer wieder lesen müssen — mit beobachtender Seele.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Gleichlaufende Entwidlungen. — Bor zehn Jahren. — Rach den Bahlen.

Der Wanderer, der unbekanntes Land durchschreitet, verweilt gerne von Zeit zu Zeit auf einer Anhöhe, um rückwärts den Blick über den schon zurücksgelegten, und vorwärts über den noch zurückzulegenden Weg schweisen zu lassen. In solcher Umschau erkennt er die großen Linien der durchwanderten Flußtäler und überschrittenen Bergketten, und diesen allgemeinen Linien solgend, vermag er die mutmaßliche Richtung und die gangbaren Möglichkeiten seiner weiteren Wanderung abzuschäßen. Nicht anders der Politiker, der von Zeit zu Zeit den Kampsplatz der Tagespolitik verlassen und von erhöhtem Standpunkt Umschau halten muß, um zu erkennen, wo er eigentlich steht und welches der zurückgelegte Weg ist und welches der künstige sein kann. Und nicht nur dieses zeitlichen Abstandes bedarf er, sondern auch eines räumlichen. Erst der Bergleich der Schicksale und Entwicklungen anderer Völker und Staaten gewährt ihm Einblick in die Bedingtheit von Schicksal und Entwicklung des eigenen Landes durch ein größeres, allgemeines Geschehen, von dem wir nur Teil und Glied sind.

Raum ein Land weist so viel Ahnlichkeiten mit der Entwicklung der Schweiz in den letzten Jahrhunderten auf wie Holland. Beide, dieses an der Münsdung, jene an den Quellen des Rheines gelegen, sind einst vom Westrand des mittelalterlichen Kaiserreiches deutscher Nation abgebröckelt und haben staatliche Selbständigkeit erlangt. Die Gleichartung ihres Schicksals in den Jahren des Weltkrieges ist überraschend und aufschlußreich. Man vertiefe sich einmal in das vor einigen Jahren im Verlag Perthes in Gotha in deutscher übersetzung ersschienene Buch des Leiters des Instituts für holländische geschichtswissenschaftliche

Beröffentlichungen im Haag, Dr. N. Japitse, "Die Stellung Hols lands im Weltfrieg". Von der geistigen Lage Hollands bei Ausbruch bes Weltfrieges heißt es da (S. 35):

"Holland wurde durch den Krieg völlig überrascht... Man hatte sich so sehr an die bestehende europäische Lage gewöhnt, daß man glaubte, sie sei für immer sestgestellt... Zur Entstehung solcher Borstellungen trug die Tatsache bei, daß man in Holland die großen internationalen Strömungen nicht so start miterlebte, als anderswo... und ihre Gefahr viel zu gering einsichäte... Holland lebte das Leben der Großmächte nur in beschränktem Maße mit."

In der Schweiz war es nicht anders. Gagliardi schreibt in seiner "Geschichte der Schweiz 1848—1926":

"Die jahrzehntelange Sicherheit hatte ein förmliches Sichentwöhnen von der Beschäftigung mit außenpolitischen Angelegenheiten hervorgerusen... Bon dem Verslochtenwerden in die großen Weltzusammenhänge besaßen die wenigsten eine Ahnung." Der Weltkrieg traf die Schweiz nicht "in einem entswickelteren Zustand innerer Bereitschaft wie die unmittelbar beteiligten Nastionen des Kontinents."

Mit letterem Sat verallgemeinert allerdings Gagliardi zu sehr. Japikse sieht da richtiger:

"Die belgische Öffentlichkeit hatte einen viel richtigeren Blick für die Entwicklung der Dinge. Belgien hat die großen internationalen Strömungen der neusten Zeit viel intensiver mitgelebt als Holland."

Was da von Belgien im Bergleich zu Holland gesagt wird, könnte man genau so sagen von der welschen Schweiz im Bergleich zur deutschen. In Lausanne und Genf wußte man schon von 1911 an, was Europa bevorstand, weil man dort das Leben der europäischen Großmächte und die von ihnen ausgehenden Strömungen unmittelbar miterlebte. Entsprechend war man auch innerlich auf den Ausbruch des Kampses und die dabei zu beziehende Stellung vorbereitet.

In klassischer Weise zeigt sich die Gleichgerichtetheit von Holland und der deutschen Schweiz noch einmal bei Kriegsende. Aber die Aufnahme des Waffenstillstandes in Holland heißt es bei Japikse (S. 285):

"Holland hatte Grund zur Freude barüber, daß es nun Frieden geben sollte. Trothem kam keine eigentlich glückliche Stimmung auf. Man fragte sich mit einiger Besorgnis, was das in den Waffenstillskandsbedingungen sich äußernde harte Auftreten der Alliierten gegen Deutschland eigentlich für Folgen haben sollte? War das nun der Vorbote für den Verständigungsfrieden?"

Ahnlich schildert Dr. Jakob Ruchti in seiner vor kurzem erschienenen "Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges 1914—1918"*) die Lage in der deutschen Schweiz:

"Die unverkennbare Absicht der Sieger, Bölker zu knechten, ließ in der Schweiz eine Freude über den Abschluß des Krieges kaum aufkommen." Ganz anders die welsche Schweiz:

"Anders war die Stimmung in der Westschweiz... Als in Lausanne das Plakat sich entrollte: der Waffenstillstand ist unterzeichnet, erhob sich ein unsgeheures Freudengeschrei. Dann zog die Menge vor das französische Konsulat, wo sie die Marseillaise und — die Schweizerhymne sang. Den ganzen Abend

^{*)} Berlag Haupt, Bern, 554 S., Fr. 15. Das Buch, zur Hauptsache schon 1920 niedergeschrieben, ist als Materialsammlung für die gesamten Borgänge der Kriegsjahre unübertrefslich und unentbehrlich. Wenn es auch, infolge zu geringen Abstandes von den Geschehnissen, kaum eine abschließende und zusammenfassende Beurteilung zu bieten vermag, so sind doch die Einzelurteile sachlich und unvoreingenommen und es zeigt sich in ihnen wie in der ganzen Art der Darstellung eine erfreuliche Selbständigkeit des Berfassers in diesen oft sehr umstrittenen Dingen. Zur Ergänzung und Vertiefung und damit zur Bildung eines abschließenden eigenen Urteils über die Geschichte der Schweiz im Weltkrieg ist das Buch auf alle Fälle wie kein anderes geeignet.

hindurch war die Bewegung und der Enthusiasmus unbeschreiblich" (Ruchti). Die "Gazette de Lausanne" vermerkte dabei mit Bitterkeit, daß "Bern düster bleibe und Zürich sich von der übrigen Schweiz absondere."

Mit dem Hinweis auf diese Haltung der welschen Schweiz ist auch schon der einzige wesentliche Unterschied zwischen der holländischen und der schweizerischen Entwicklung in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aufgezeigt. Trothem nach Japikse im Weltkrieg ", der alte Gegensatz zwischen germanischen und romanischen Bölkern von neuem in schärsster Form in die Erscheinung trat", kam es in Holland, abgesehen von der natürlichen Verschiedenheit der Sympathien für die eine oder die andere Kriegspartei, zu keiner ernsthaften Spaltung innershalb des Landes. Anders in der Schweiz. Gagliardi schreibt darüber (S. 155):

"Daß die Verschiedenartigkeit der Sympathien mit der Sprachgrenze zusammenfiel, erzeugte bald einen eigentlichen "Graben"... Die zwischen gewissen Teil der germanischen und romanischen Schweiz eintretende Ents fremdung gewann sehr ernste Bedeutung."

Benn es sich dabei lediglich um eine Verschiedenheit der Sympathien geshandelt hätte, wäre das noch faum von größerer Tragweite gewesen. Es handelte sich aber um eine weitgehende Verschiedenheit des politischen Willens. Die wesschweiz trat gewissermaßen als geschlossene außenpolitische Partei auf, die gegen die beim deutschen Landesteil liegende Führung des schweizerischen Staates einen unerbittlichen Kampf sührte, in dem die Oberstenassaire und die Entsernung von Bundesrat Hofsmann aus der obersten Landesbehörde nur einzelne Höhepunkte darstellen. Mit Recht schreibt Ruchti, "daß sich separatistische Geslüste einzelner Landesteile im Sinne des Anschlusses an irgendwelchen Nachbarsstaat nie ernstlich ans Tageslicht wagten". Es waren auch solche nie ernstlich vorhanden; am wenigsten in der französischen Schweiz. Was man dort wolste, war bestimmender Einfluß auf die außenpolitische Leitung und die Führung der Armee. Ruchti spricht bei Anlaß der Oberstenassaire mit Recht von einem von welscher Seite "organisierten und in Szene gesetzen Feldzug gegen die Spihen der Armee"; und nicht zufällig stellte Ador vor seiner Wahl zum Bundesrat die Bedingung, daß ihm das ständige Politische Departement überstragen werde, eine Bedingung, die er dann allerdings zugunsten der grundssählichen Lösung fallen lassen mußte, die der Bundesrat noch vorbeugend am Tage seiner Wahl getrossen hatte und wonach das Politische Departement wieder jährlich seinen Vorsteher wechseln und nur ein Ausschuß für Auswärtiges die Kontinuität wahren sollte.

So weist Ruchtis Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges schon rein äußerlich die Eigentümlichkeit auf, daß sie zu fast einem Drittel eine Geschichte nach Landesteilen ist. Während man in früheren Jahrhunderten etwa eine reformierte und eine katholische Schweiz unterscheiden konnte, bildete sich jetzt unter der Einwirkung der großen europäischen Auseinandersetzung eine französische, eine italienische, eine rätoromanische und eine deutsche Schweiz, wos bei allerdings die rätoromanische in den wesentlichsten Anschauungen mit der deutschen, die italienische zur Hauptsache, aber nicht einheitlich, mit der welschen Schweiz einig ging. An dieser neuen Tatsache in der Schweizergeschichte können und dürsen wir nicht achtlos vorbeigehen, auch wenn, unter der Einwirkung wiederum der allgemeinen europäischen Beruhigung und Entspannung, auch bei uns längst wieder eine weitgehende Beruhigung und Entspannung eingetreten ist.

Auf jeden Fall verdankt Holland dem Umstand, daß es keine derartigen Gegensäte auswies, die Unversehrtheit seines Gebiets= und internationalen Rechts= bestandes von vor dem Krieg, trohdem es nicht an Bersuchen Belgien-Frankreichs sehlte, diesen bei Kriegsende wesentlich zu schmälern. Für Holland gab es keinen Art. 435 des Bersailler Bertrages, der wie ein Bleikloh an der Schweiz hing und ihre außenpolitische Bewegungsfreiheit hemmte und der das ausschließliche Werk des bejubelten Wortsührers der welschen Schweiz in der Landesregierung war. Holland hat stets ebenso würdig wie entschieden jeden Anschlag der Sieger= mächte auf seine nationale Unabhängigkeit und Unversehrtheit zurückgewiesen und damit den Beweis erbracht, daß auch ein kleiner Staat, wenn er nur den

nötigen Willen und die nötige Entschlossenheit dazu hat, sich ehrenvoll in der Welt der Großen behaupten fann.

Der deutschen Schweiz hat ihre Nachgiebigkeit im Jahre 1917 das Rücksgrat gebrochen. Sie stand nicht entschlossen genug hinter ihren Vertretern. Müller und Forrer, die später, als der welsche Kurs endgültig überhand nahm, ebenfalls aus dem Bundesrat hinausintriguiert wurden, wußten darüber bewegliche Klage zu führen. Man hat sich in der deutschen Schweiz gerne damit getröstet, die Staatsklugheit habe derartige Konzessionen an die welsche Schweiz verlangt. Noch vom Beitritt zum Bölferbund schreibt Gagliardi, "der Bunsch, dem leidenschaftlich gefühlten Streben der Welschschweizer entgegenzukommen und damit die Landeseinheit zu retten", habe diesen zum guten Teil bewirkt. Das ist aber mehr nur Ausrede. In Wirklichkeit entsprang das Berhalten der deutschen Schweiz einer tiefen inneren Schwäche. Man war sich hier einfach nicht genügend bewußt, um was es ging. Es fehlte ber untrügliche Instinkt, daß es sich bei der gewaltigen Auseinandersetzung in Europa letztendlich auch um die eigene Stellung und Geltung im schweizerischen Staat und in der Welt überhaupt handelte. In diesem Sinne hat ja Martin in seiner "Schweizergeschichte" nicht unrecht, wenn er sagt, die welsche Schweiz habe bis zum Ende burchgehalten, weil der Krieg für sie "einen bestimmten Sinn" gehabt habe, im Gegensatz zur deutschen Schweiz, die, innerlich zermurbt wegen ihrer "terrible= ment" neutralen Einstellung, schließlich von revolutionären Erschütterungen ers griffen worden sei. Nur darf daraus nicht gefolgert werden, daß eine korrekte Neutralität nicht mit einem solchen Bewußtsein vereinbar gewesen wäre. Der schweizerische Staat war entweder neutral, oder er war nicht. Das lag jedem Deutschichweizer im Gefühl, und damit, daß er mahrend vier schweren Sahren die volle Berantwortung dafür trug, hat er, und nicht der Welschschweizer, den ichweizerischen Staat "gerettet". Und was die revolutionaren Erschütterungen vom Berbst 1918 anbetrifft, so wird beren Sinn und Tragweite eben doch nicht ausgeschöpft durch das Urteil, das die "Gazette de Laufanne" dem Landesstreit vom 12.—15. November in jenen Tagen widmete: "Bergebliche Müh, die Herzen schlagen hoch, cette greve est boche; dieser Streik ist deutsch, das letzte Gift des Tieres," auch wenn die gesamteuropäischen Zusammenhänge dabei richtig gesehen sind.

Wir haben uns in der Schweiz nicht nur der Beschäftigung mit außenspolitischen Angelegenheiten allzusehr entwöhnt und entsprechend verlernt, die Rückwirkung der gesamteuropäischen Machtlage auf unsere eigene außenpolitische Lage zu ermessen. Wir sind auch gewöhnt, unsere inneren Verhältnisse als etwas losgelöst für sich Bestehendes und einzig durch sich selbst Bedingtes zu betrachten. Gagliardi schreibt an einer Stelle seiner Geschichte der Schweiz:

"Für ein saturiertes, nach friedlicher Entfaltung strebendes Bolkstum und Land stellen außenpolitische Zwischenfälle bloß unerfreuliche Ausnahmen dar; die maßgebenden Wendepunkte gehören der innerpolitischen Wandslung an."

Nun steht aber jede innerpolitische Wandlung, auch wenn sie ausschließlich von einheimischen Kräften getragen wird, im engsten Zusammenhang mit den allgemeinen, macht- und staatspolitischen Berhältnissen in Europa. Kein innerer Vorgang der jüngsten Zeit hat das in helleres Licht gerückt, als der schweizerische Landesstreif vom 12.—15. November 1918, in dessen Beurteilung wir auch heute, troß eines zehnjährigen Ubstandes davon, noch allzusehr durch den politischen Tageskamps und Parteistreit bedingt sind. Ziehen wir zum Vergleich wieder Holland heran.

In Holland war während der Kriegsjahre eine Verfassungsänderung ansgenommen worden, "für die die Sozialisten nicht mit Unrecht die Ehre für sich in Anspruch nahmen" (Japikse, S. 260). Der Liberalismus von 1848 mußte sich dabei sagen lassen, daß er bisher die Minderheiten nicht genügend berücksichtigt habe (die Resorm brachte neben dem allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen zugleich das Verhältniswahlversahren) und nichts von seiner Machts

stellung habe aufgeben wollen, was eine Stellungnahme eines Großteils von Mittelstand, Kleinbürgertum, Kleinbauernschaft und der ganzen Arbeiterschaft gegen ihn zur Folge gehabt habe. Auf alle Fälle ergaben die Wahlen vom Juli 1918, "daß die Katholiken und die sozialdemokratische Arbeiterpartei sehr viel stärker geworden sind und daß die liberalen Parteien den stärksten Kückgang zu verzeichnen hatten" (Japikse, S. 268). Die Versassungsrevision trug indessen ausgesprochenen Stückwerkcharakter. Japikse schreibt darüber (S. 266):

"Die Beschränktheit der Versassungsrevision von 1917 ist geradezu symbolisch für die Arbeitsweise des holländischen Parlaments während der letzen 20 Jahre. Nie wird gesetzgeberische Arbeit im großen geleistet, sondern man begnügt sich mit Fragmenten, einmal aus dieser, dann aus jener Materie."

In dieser Verfassung traf Holland der Zusammenbruch der Mittelmächte.

"Der Sturz der Dynastien Mitteleuropas machte auf die Phantasie der Menschheit einen gewaltigen Eindruck... Kein Wunder, daß die revolutionärsszialistische Springflut, die im Herbst 1918 über Mitteleuropa hinwegging, an den Grenzen Hollands nicht stillstand" (Fapikse, S. 295).

Aber nun herrichten im Augenblick in Guropa gang besondere Berhältniffe.

"Die Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 hatten ganz Europa erschüttert. Nun sah es jedoch ganz anders aus als damals... Diesmal war Europa zum Unterschied gegen frühere Revolutionen, scharf in zwei Lager geteilt... Die soziale Revolution, die in den Ländern der Zentralmächte alles mit sich sortriß, hatte in Frankreich, Belgien und Italien wenig oder keine Aussichten, einsach beswegen, weil Deutschland den Ton angab" (S. 295).

Für Solland lagen die Dinge anders:

"Hier konnte die beginnende soziale Revolution, woher sie auch kommen mochte, ihre Anziehungskraft ungehindert ausüben... Aber die Tatsache, daß das übrige Westeuropa nicht mittat und bei der deutsche Revolution nur den Zuschauer spielte, machte diesen Bersuch von Ansang an zu einem versmessenen Unternehmen" (S. 295).

Trot des begeisternden Schwunges, der in dem Gedanken liegt, auf einen Schlag eine großzügige Verfassungs- und Gesetzgebungsarbeit zu leisten, die auf dem Weg der parlamentarischen Erledigung nur äußerst mühsam oder wahrscheinlich gar nie, zum mindesten nie in einsachen, klaren Formen gesleistet werden kann, blieb es in Holland bei der Ankündigung der Revolution im Parlament und in Volksversammlungen. Als die Regierung am 13. November in einer Proklamation ihre Entschlossenheit, Autorität und Ordnung gegenüber den Machtplänen einer Minderheit aufrecht zu erhalten, bekundet und entsprechend eine Verstärkung der Garnisonen in den großen Städten angeordnet hatte, und sich das Landheer als fest in ihren Händen erwies, war es mit der Revolution bereits zu Ende. Trozdem blieb den "Revolutionären" und ihrem Programm, das u. a. die (praktische) Einsührung des Frauenstimmrechts, die Abschafzung der ersten Kammer, die Deckung der Kriegskosten durch Abgaben von Großfapital und Großgrundbesit, die Sozialisierung der dafür reisen Betriebe, die Besserstellung der Kleinbauern und die Einsührung des Achtstundentages vorsah, ein gewisser Ersolg nicht versagt:

"Die Wirkung des (revolutionären) Auftretens der Sozialisten war eine doppelte, einmal die Erkenntnis bei den bürgerlichen Parteien, daß Reformen nötig seien, ferner eine starke Bewegung gegen die Sozialisten (S. 303)... Die versprochenen Resormen sind Tatsache geworden. Das Frauenstimmrecht wurde angenommen. Eine Versassungs-Revisionskommission ist konstituiert. Der Achtstundentag ist gesetzlich sestgelegt. Die Sozialgesetzgebung in Angriff gesnommen" (S. 315).

Aus der gleichen Lage am Westrand Mitteleuropas entsteht für die Schweiz auch in diesem Zeitabschnitt eine weitgehend gleichlausende Entwicklung, wie sie Holland gehabt hat, mit dem Unterschied nur wieder, daß die welsche Schweiz ihre eigenen Wege, bezw. diejenigen Westeuropas geht. Der am 12. November ausbrechende und drei Tage dauernde allgemeine Landesstreit bleibt auf die beutsche Schweiz beschränkt. Er überschreitet die Saane nicht. Im übrigen war aber auch bei uns genau wie in Holland ein in Anlehnung an die deutsche Revolution unternommener revolutionärer Bersuch angesichts der Tatsache, daß Westeuropa davon nichts wissen wollte, nicht nur ein vermessenes, sondern auch aussichtsloses Unternehmen. Das Gerücht, daß die alliierten Mächte Truppen bereit gestellt hätten zum Einmarsch in die Schweiz für den Fall, daß die schweizerische Regierung der revolutionären Bewegung nicht selbst Meister werden sollte, enthält auf jeden Fall ein Stück Wahrheit. Die Schweiz mußte außershalb der mitteleuropäisch-deutschen Entwicklung gehalten werden. Ein revolutionäres Regiment wäre von der neuen Festlandsvormacht Frankreich auf ihrem Boden nicht geduldet worden.

An geistiger Begründung hätte es an sich einer revolutionären Bewegung in der Schweiz bei Kriegsende nicht gesehlt. Gagliardi beklagt bei Schilderung der Berhältnisse vor dem Krieg "das Fehlen wirklicher Leidenschaft und Tiese" in unserm geistigen und politischen Leben, und fährt dann fort (S. 148):

"Die Gefahr bes Erstarrens in einem unbegründeten Gefühl der Sichersheit; die alte Neigung zur Selbstgefälligkeit und überhebung, zur Stagnation und zum Stillestehen; die Möglichkeiten moralischer und geistiger Versettung sind in den langen Jahren des Friedens mehr wie einmal an diesen auf sich selber zurückgewiesenen Kleinstaat herangetreten." "Die Entwicklung der innerspolitischen Einrichtungen war zu einem gewissen Abschluß gebracht. . Für die Gegenwart ist eine gewisse Problemlosigkeit kennzeichnend."

Das wurde während des Arieges, besonders gegen dessen Ende, anders. Jetzt sehlte es nicht mehr an Problemen. Die Sozialdemokratie klagte die herrschende Freisinnspartei, genau wie in Holland, der politischen Vergewalstigung durch das Mehrheitswahlshstem an und warf ihr Ausschließlichkeit und Protektionswesen vor. Das Mißverhältnis zwischen Müßiggang und Gewinn auf der einen, und Arbeit und Lohn auf der andern Seite wirkte aufreizend auf die breiten Volksmassen. Eine tiefgehende Unzufriedenheit herrschte über die Wirtschaftspolitik des Bundes.

"Dazu kam — wie Ruchti in seiner Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges, S. 471, schreibt — noch ein anderes Moment: Es muß eine Gessellschaftsklasse auf das höchste erbittern, wenn sie sieht, wie eine andere ihre materiellen Forderungen, nötigenfalls unter Drohungen, bei der Regierung durchset, während sie selber, um etwas zu erreichen, zum stärkten Druckmittel, zur Niederlegung der Arbeit, greisen muß, was ihr notwendig die Antipathie der übrigen Volksschichten einträgt. Eine konstante derartige Praxis könnte den Anschein erwecken, die Regierung bediene sich des einen Volksteiles, um sich bei den übrigen in Gunst zu sehen; sie zwinge den einen zu Aktionen, die ihn bei den andern disktreditieren, sie halte sich eine ihr unbequeme Opposition vom Halse, indem sie dieselbe dem Jorn der Volksemehrheit ausseht."

Das Programm der "Aufständischen" vom 12. November, das übrigens manchen gleichen Punkt enthält wie dasjenige der holländischen "Revolutionäre", nahm auf einige dieser Mißstände Bezug und verlangte auf staatspolitischem Gebiet Umbildung der bestehenden Landesregierung, sofortige Neuwahl des Nationalrates nach dem Verhältniswahlversahren — das gerade vier Wochen vorher vom Volk troß dem Antrag der Bundesversammlung auf Verwersung, mit großem Volks- und Ständemehr angenommen worden war — und das Frauenstimmrecht; wirtschafts- und sinanzpolitisch wurde gesordert: Staats- monopol sür Sin- und Aussuhr, Heranziehung des Besißes zur Deckung der Staatsschulden, der Landwirtschaft zur Lebensmittelversorgung; sozialpolitisch: allgemeine Arbeitspsischt, 48-Stundenwoche und Alters- und Invaliditätsverssicherung. Man merkt diesem Programm an, daß es zustandekam, wie der Landesstreit selbst: in der Eile. Auf den Tagesgebrauch zugeschnitten, sehlte ihm jedes geistige Ausmaß. Um eine solche Fahne konnte man nicht "alle sozial gesinnten Bürger" scharen. Gewiß war damals eine große Volksmehrheit mit

ben bestehenden Bustanden und Machtverhaltnissen unzufrieden. Das hatte die Abstimmung vom 13. Oftober über die Berhaltnismahl gezeigt, an der feine 150,000 Stimmberechtigte und nur 21/2 Stände der Berwerfungsparole der im Nationalrat noch über 100 Site verfügenden Freisinnigen Partei gefolgt maren. Man wollte vorwärts. Aber nicht auf die Weise der sozialdemokratischen Parteisführer. Hier lag der große Rechnungssehler der Mitglieder des Oltener Aktionss tomitees: sie glaubten die Massen hinter sich zu haben. Und sie hatten niemand hinter sich. Der Zeitpunkt war richtig gewählt. Aber aus dem Umstand, daß breite Boltsmassen sich gerne ihre Interessen durch sozialistische Unternehmungs= und Tatkraft versechten lassen, darf nicht gefolgert werden, daß sie an ein Ent= sprechen ihrer Interessenwahrung mit margistischer Herrschaft glauben. Der Bolts-instinkt geht hier ziemlich sicher. Das war in Deutschlans etwas anderes. Dort hatte die Revolution unvermeidlich feelischen Zusammenbruchs- und Erschöpfungscharakter. Im übrigen hatte eine vorübergehende sozialistische Herrschaft bei uns genau so wenig zu russischen Berhältnissen geführt, wie in Deutschland. Und die Sozialisten hätten mit ihrer Macht im Grunde ebenfalls nichts anzusangen gewußt, wie sie es in Deutschland nicht wußten. Die Revolution endete in Deutschland ja auch in einer zur hauptsache liberalistischen Verfassung, die die großen staats= und verfassungspolitischen Fragen, vor die uns die Gegenwart stellt und um deren Lösung der Sozialismus boch irgendwie ringt, der Bukunft aufbehalten hat.

Für Gagliardi "vertritt ber Generalstreit für die Schweiz gewissermaßen die Stelle der Spartakistenkämpfe in Deutschland", und die Gesamtlage bei Rriegsende hätte Ahnlichkeit gehabt mit berjenigen nach dem Dreißigjährigen Krieg. Dem letteren kann man zustimmen, sosern man in der Bauernerhebung nach dem Dreißigjährigen Krieg eine Bewegung auch mit allgemeinen politischen Zielen erblicken will. Denn auch die revolutionäre Bewegung, wie sie im Landesstreit vom 12.—15. November gipfelte, war in ihren letten Beweggründen mehr wie nur ein aus den augenblicklichen Nöten einer Bolksschicht entstandener Aufstand. Gagliardi anerkennt ihre politische Tragweite felbit, wenn er schreibt (S. 167):

"Der Sieg des Proportionalwahlverfahrens für den Nationalrat steht mit jener Massendemonstration (bes Generalstreits) so gut im Zusammenhang, wie die spätere Erklärung der 48-Stundenwoche oder die Wiederaufnahme der

Bestrebungen für eine Alters- und Invalidenversicherung."
Auf jeden Fall aber ist der Landesstreik vom November 1918 ein Markstein in unserer Geschichte, und wäre es auch nur, daß in ihm eine Gegensbewegung ihren Ausgangspunkt nimmt, die in den seither verstossenen zehn Jahren die schweizerische Politik im Innern und nach außen ausschlaggebend beherrscht hat und unter deren Zeichen soeben auch die Wahlen zur Bundesspersommlung wieder gesührt warden sind versammlung wieder geführt worden sind.

über Sinn und Bedeutung des Ergebniffes der Nationalratsmahlen vom 28. Oktober gibt nachfolgender Bergleich über die Zusammensetzung des Nationalrates in den Jahren 1917, 1919 und 1928 Auskunft, wobei zu beachten ist, daß 1919 der Nationalrat aus 189 Vertretern bestand, während es deren heute 198 sind, bei den Zahlen von 1928 also zum Vergleichszweck ein verhältnismäßiger Abzug vorgenommen werden muß. Zu den Zahlen von 1928 setzen wir in Klammer, wie viel davon aus der romanischen Schweiz stammen. Der Nationalsrat setze sich u. a. zusammen:

Parteien	1917	1919	1928
Freisinnige	101	61	58 (21 = 36%)
Sozialisten	20	41	50 (12 = 24 %)
Bauern		28	31 (2 = 6%)
Katholiken	40	41	46 (11 = 24%)

Aus diesem Vergleich ergibt sich, daß es sich bei den zum ersten Mal nach dem Verhältniswahlberfahren vorgenommenen Wahlen von 1919 nicht um ein Bufallsergebnis handelte. Die Sauptparteien haben ihre damaligen Stärken burch drei weitere Wahlgange bis heute gehalten. Es ift das, was wir in

unserer letten Umschau eine Erstarrung der Kampssronten nannten. Ziehen wir zum Vergleich weiter die Vertreterzahl der Parteien, sowie der Sprachgruppen im Bundesrat in den entsprechenden Jahren*) herbei. Von

ben sieben Mitgliedern des Bundesrates waren:

	1917	1919	1928
Freisinnige	6	5	5
Freisinnige Sozialisten	0	0	0
Bauern	0	0	0
Katholiken	1	2	2
Deutschschweizer	5	4	4
Romanen	2	3	3

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß in der fog. "ausführenden" Behörde seit 1917 sich wohl der romanische Einfluß (in unverhältnismäßiger) und seit 1919 der fatholische Einfluß in verhältnismäßiger Beise zur Geltung gebracht hat. Die übrige große Wandlung in den Parteistärken von vor neun Jahren ist spurlos an ihr vorbeigegangen.

Dazu kommt, daß das Wesentliche der Wandlung von 1919 in den Zahlen allein nicht Ausdruck findet. Gagliardi schreibt:

"Ursprüngliche Berufsorganisationen haben sich nach Ginführung bes Proporzes zu eigentlichen Parteien zusammengeschlossen. . Die eidgenössischen Rammern scheinen gelegentlich zum bloßen Bestätigungsapparat hinunterzus sinken."

Schon die Erteilung unbeschränkter, auch gesetzeberischer Bollmachten an die ausführende Behörde bei Kriegsausbruch minderte die Bedeutung des Parlaments stark herab. Die Berhältniswahl mit der Zerstörung einer absoluten Mehrheitspartei bedeutete einen weitern Schritt in dieser Entwicklung der Bolksvertretung zum bloß bestätigenden Organ, an deren Ende zweifellos die aus Bertretern von Berufsichichten und Intereffengruppen zusammengesette Behörde mit ausschließlich beratendem Charafter steht.

Genau wie das Parlament hat aber auch die Regierung feit fünfzehn

Jahren ihren Charakter weitgehend geändert.
"Der Bundesrat — heißt es bei Gagliardi — erscheint heute weit weniger wie einstmals auf die Funktion des blogen Berwaltens beschränkt: doch steht er dafür mit dem Arbeitsleben des Bolfes nach wie vor nur in indirekter Berbindung. . . Er kann auf das Arbeitsleben des Volkes nur durch den Mechanismus seiner Beamtenschaft wirken... Der moderne Wohlfahrtsstaat wird genau so geeignet, persönliche Initiative und Leistung sahmzulegen, wie das Polizeiregime des 17. und 18. Jahrhunderts."

Anderseits wird es

"der zielbewußt geleiteten Exekutive (durch die Parteizersplitterung insfolge der Berhältniswahl) mehr wie früher möglich, die einzelnen Gruppen

und Bevölkerungsklassen gegeneinander auszuspielen."
Mit andern Worten: die Staatsspitze gewinnt immer mehr Machtbefug= nisse. Da aber im Parlament, dem sie verfassungsmäßig verantwortlich sein und von dem fie die Richtlinien ihrer Tätigkeit empfangen follte, kein ficherer Mehrheitswille vorhanden ift, der Richtlinien zu erteilen in der Lage wäre, erliegt sie, und sofern sie nicht in sich geschlossen ist, erliegen ihre einzelnen Mitglieder der Bersuchung, eine selbstherrliche Politik zu betreiben und sich durch Ausspielen der einzelnen Gruppen in Parlament und Bolt gegeneinander an der Berrichaft zu halten.

Die "Neue Zürcher Zeitung" hat uns anläßlich des Wahlkampfes wegen unferer, in der letten "Umschau" getanen Außerungen, die Sozialdemokratie fei heute das Salz in unserm Staatsleben und augenblicklich neben Bauern- und

^{*)} Beim Jahr 1917 ist dabei das Verhältnis in der Mitte des Jahres genommen, d. h. bevor Hoffmann durch Ador erfett murde.

Angestelltenschaft das einzige Element, das sich politisch nicht auf die Ruts-nießung des Bestehenden beschränke, des "bürgerlichen Defaitismus" geziehen. Auch das freisinnige Parteisekretariat in Bern hat uns in seinem Pressedienst "schiefes Urteil" und "Mangel an Sachkenntnis" vorgeworfen, weil wir im Wahlaufruf der freisinnig-demokratischen Partei außer dem angekündigten Ausbau des Arbeitsrechtes nichts Wesentliches zu finden vermochten, was nicht schon verwirklicht oder in Berwirklichung begriffen ift. Wir nehmen den Borwurf des "bürgerlichen Defaitismus" gerne auf uns, antworten aber barauf, daß eine "bürgerliche" Politit, deren wesentlicher Inhalt seit neun Jahren in geflissent= lichem übersehen der neuen inneren Berhältnisse und in mangelndem Willen be= steht, diesen versassungsmäßige Berücksichtigung und verfassungsmäßigen Ausdruck zuteil werden zu laffen, Defaitismus am schweizerischen Staat und Bolt begeht. Wer anders foll benn gegenüber ben föberalistischen Bestrebungen und außenpolitischen Sonderzielen der Sprachminderheiten und den teilweise stark konfessionell bedingten Richtungen des fatholischen Bolksteiles, dem schweizerischen Staat ein gesundes Fortschreiten auf den Grundlagen von 1848 und 1874 gewährleiften, wenn nicht die Bürger, Arbeiter und Bauern der industrie- und verkehrsreichen Mittelland-Kantone, mit einem Wort: das ehemalige Parteivolk der freisinnig-demokratischen Partei? Wenn aber die Führung des an sich berufensten Teiles dieses Bolkes der Mittellandkantone, des freisinnigen Burgertums, versagt, wenn der seit Jahrzehnten ausschlaggebende Rechtsflügel des Freisinns, nur um von seiner gesellschaftlichen und politischen Machtstellung nichts aufgeben zu müssen, das Staatsleben völligem Stillstand anheimgibt und lieber mit den föderalistischen Kräften und dem Ausland paktiert: wollen wir da nicht froh sein, daß es politische Parteien in unserm Staat gibt, deren bloßes Dasein schon zur Beschäftigung mit Politik und Staat zwingt. Wie anders wäre es gekommen, wenn im ausgehenden 18. Jahrhundert nicht bloß eine schwärmerische Selvetische Wesellschaft sondern auch eine pragnisierte pas eine schwärmerische Helvetische Gesellschaft, sondern auch eine organisierte po-litische Macht die Erneuerung des erstarrten, in erster Linie dem Wohlergehen der gnädigen Herrn und Oberen dienenden Staatswesens, gewollt und geforbert hätte? Denn freiwillig haben die Dligarchien und Aristokratien der alten Gidgenoffenschaft kein Stud ihrer bevorzugten Stellung an ihre Mitburger ber unteren Schichten von Stadt und Land abgegeben. Kampf mit dem Richtschwert gegen den "inneren Feind", war die Losung, und gleichzeitig gutes einträgliches Einvernehmen mit dem Ausland, bis dessen Bajonette diesem Traum eines Tages ein unsanftes Ende bereiteten.

Wenn es allein auf die, den damaligen Oligarchien und Aristokratien entsprechenden Mächte der Gegenwart ankäme, wäre es heute um keinen Strich anders wie damals. Es sind aber der Gegenkräfte genügend vorhanden. Borserst dürfte im freisinnigen Bürgertum selbst die Entscheidung liegen. Schöpferische Führung müßte diesen, nach dem Landesstreik vom November 1918 einsetzenden und nunmehr zehn Jahre andauernden "Stellungs"-Rampf und "Abnühungs"-Krieg endlich abbrechen, das Heer nach Hause rufen und einen neuen, ins Große und aufs Ganze gehenden Plan für die Zukunft entwersen. Warten wir ab!

Marau, den 1. November 1928.

hans Dehler.

Jur politischen Lage.

Elfäffifche Entwidlung.

Am 24. Oktober trat in Kolmar der neue Generalrat des Oberelsasses, also die gewählte Vertretung des Departements Oberrhein, zu seiner ersten Sitzung zusammen. In dieser bisher auf alle Regierungswünsche so lammfromm eingehenden Versammlung ging es diesmal sehr lebhaft her. Die Bahl einer ganzen Reihe von Autonomisten brachte das fertig. Der oberelsässische Präfekt

Susini, der im letzten Winter von Poincaré als starker Mann zur Bernichtung des Autonomismus nach Kolmar geschickt worden war, saß diesmal bös in der Klemme. Seine Amtstätigkeit wurde scharf unter die Lupe genommen. Dafür mag folgender Borfall, den wir dem "Elsässer Kurier" entnehmen, als Beispiel dienen:

Der autonomistische Abgeordnete Ricklin ruft dem Präfekten zu: "Herr Präsekt, ich klage Sie an, Sie haben das gesehwidrige Vorgehen des Wahlbureaus von Dammerkirch angestistet."

Präsekt Susini antwortet: "Ich bin niemand Verantwortung schuldig, als

ber Regierung und meinem Gewiffen."

Zwischenruf des bekannten katholischen Führers Abbé Dr. Haegh: "Und wir sind hier, um Ihnen das Gewissen zu erforschen!"

Allgemeine Heiterkeit!

Man darf ja im übrigen die Vorgänge in Kolmar als bekannt voraussseten, da alle Zeitungen darüber berichtet haben. Es handelte sich kurz gesagt darum, daß der Präsekt Susini die beiden im Kolmarer Prozeß verurteilten autonomistischen Abgeordneten Ricklin und Rosse nicht an der Situng teilsnehmen lassen wollte, trotdem beide mit großem Mehr in den Generalrat geswählt worden waren. Er ging dabei nur nach den Weisungen des Junenministers vor. Es kam aber darüber mit den Autonomisten und überhaupt den Katholiken zu sehr erregten Szenen. Schließlich drohten die Freunde der beiden Abgeordsneten mit ihrem Kückritt. Das Schreckgespenst neuer Wahlen veranlaßte darauf ein sosortiges Nachgeben des Präsekten. Die beiden Autonomisten dursten in den Situngsssaal einziehen, aber nur mit beratender Stimme. Trothem wurden se nach in die verschiedenen Kommissionen gewählt. Kann man sich ein argeres Narrenspiel vorstellen und eine kläglichere Haltung von Behörden? Man versucht es zuerst mit kleinen Schikanen, die zudem gesetwidrig sind, man krebst dann aber vor dem Widerstand eilsertig zurück. Ein ähnlicher Zwischensall trug sich auch im Generalrat von Lothringen in Metzu. Dort ließ man den mit großer Mehrheit gewählten Autonomisten Antoni von Psalzburg nicht an der Situng teilnehmen, unter dem sabenscheinigen Borwand, daß das Wahlbureau ihn nicht als gewählt proklamiert habe. Im Generalrat des Unteressassein, daß der Präsekt mit der Auslösung brohte!

Man kann sich aus diesen Borfällen ungefähr ein Bild davon machen, welch unangenehme Lage heute für die französischen Behörden in den General= räten Elsaß-Lothringens besteht. Man wird nach diesen Beispielen aber auch eine Ahnung davon haben, mit welchen ebenso lächerlichen wie unzureichenden Mitteln der französische Zentralismus und Nationalismus den Kampf gegen die Autonomisten führt. Nach der mächtigen Kundgebung der breiten Volksmassen in den Kammerwahlen vom letten Frühjahr und nach dem jämmerlichen Ausgang des großen Kolmarer Prozesses schien es eine Zeit lang, als ob Poincaré selbst nun die Lage begriffen hätte. Man konnte deshalb von ihm Maßregeln erwarten, die den berechtigten Rlagen des elsässischen Bolkes Rechnung tragen und so den Weg zu einer Besserung der politischen Lage im ehemaligen Reichsland hätten öffnen können. Ein Schritt in dieser Richtung hätte bereits die Begnadigung der Verurteilten des Kolmarer Prozesses sein können. Aber schon damals zeigte es sich, daß man sich in Paris mit halben Maßregeln begnügen wollte. Man konnte sich von der nun einmal eingeschlagenen Taktik der behördelichen Schikanen nicht frei machen. Man ließ den staatlichen Apparat nach wie par ruhig mit allen Witteln gegen die Autonomisten weitenerhalten wit Witteln vor ruhig mit allen Mitteln gegen die Autonomisten weiterarbeiten, mit Mitteln, die vielfach mit unsern Begriffen von Recht und Geset in fraffem Widerspruch stehen. Man ließ die Gultigkeit der Mandate der beiden autonomistischen Abgeordneten einfach in der Schwebe. Man maßregelte Lehrer wegen autonomistischer Gesinnung ober Betätigung. Man verbot burch die Präfekten ober die Ortsbehörden autonomistische Versammlungen. Man ließ burch die ergebene Presse im Elsaß wie in Paris fortwährend einen scharfen Feldzug gegen die Autonomisten führen. Man machte das Erscheinen autonomistischer Blätter unmöglich ober erschwerte es wenigstens nach Kräften. Man ließ auch nach wie vor die Gerichte ihre merkwürdige Rechtsprechung fortsehen. All das stellt eine ununterbrochene Kette von kleinen und kleinlichsten Maßnahmen dar, die natürslich wirkungslos sein mußten. Dafür wurden durch diese Vorfälle die Massen immer wieder von neuem gereizt und an die schon lange bekämpsten und versurteilten Mißstände im Lande erinnert.

Dabei kann man auch in den großen grundsätlichen und praktischen Fragen, die in Essaß-Lothringen umkämpft sind, eine ganz ähnliche Haltung der Pariser Stellen beobachten. Man hat dem Deutschunterricht in den Schulen ein paar Stunden mehr eingeräumt; man denkt aber nicht daran, die Forderung nach der Einsetzung des Deutschen als erste Unterrichtssprache für die untersten Klassen zu erfüllen. Man hat von Paris aus versprochen, der deutschen Sprache in Gericht und Verwaltung bessert Beachtung zu verschaffen; man setzt aber troßedem des Deutschen völlig untundige, dem Lande durchaus fremde innerfranzösische Beamte in die wichtigsten Posten in Elsaß-Lothringen. Man hat den Beamten kleine sinanzielle Vorteile zugestanden, ohne die Gesamtheit ihrer Klagen irgende wie zu berücksichtigen. Kurz, man setzt die alte zentralistische und nationalistische Regierungsmethode in Elsaß-Lothringen sozusagen unverändert weiter fort.

Daß eine solche Haltung die autonomistische Bewegung immer von neuem fördern und anspornen mußte und muß, ist klar. Man kann dabei im Zweisel sein, ob mehr die Unnachgiebigkeit in den großen Grundsragen oder die Politik der Nadelstiche an der Schürung der Mißstimmung schuldig ist. Die kleinen Sticheleien liefern den breiten Massen auf jeden Fall gut verständliche Beispiele und die allgemeine Haltung in den umkämpsten Fragen muß ebenso aufsreizend auf die Führerschicht wirken. So liegt es auf der Hand, daß der Autosnomismus bei solchen Zuständen blühen muß.

Den Beweis dafür hat der Wahlgang für die Hälfte der Generalratssiße gebracht. Man fah dem Urteil der Bahlermaffen Elfaß-Lothringens in ben französischen Kreisen mit sehr wenig Vertrauen entgegen. Man suchte beshalb von Paris aus von vornherein die Bedeutung des Bahlganges als gering hinzustellen. Man darf ja auch sicherlich nicht verkennen, daß die Bedeutung der Generalratswahlen in Frankreich nicht allzu groß ist. Das kommt von der gestingen Bedeutung der Generalräte überhaupt her, denen der französische Zenstralismus nur sehr wenige Besugnisse überlassen hat. Diese gewählten Berstretungen der Departemente haben nur über wirtschaftliche und kulturelle Fragen zu beraten und zu beschließen; sie verfügen auch nur über verhältnismäßig ge= ringe Mittel. Außerdem sind die Wahlfreise für die Generalratswahlen so klein, daß bei der Bestellung des einen Vertreters sehr viele lokalpolitische und person= liche Erwägungen mitspielen. Und schließlich erfolgt auf einmal nur die Bessetzung der Hälfte der Sitze, sodaß allzu große Veränderungen kaum eintreten können. All das vermindert die Bedeutung der Generalratswahlen. Trothem wird man nicht übersehen durfen, daß auch die Generalräte politische Bedeutung gewonnen haben. Sie seten sich aus den gleichen politischen Gruppen zusammen wie die Kammern. In ihnen siten die meisten im Parlamente maßgebenden Politiker ebenfalls. Un ihrer Spige stehen überall bekannte Persönlichkeiten bes politischen Lebens. Diese benuten ihr Amt regelmäßig auch zu beachteten Rundgebungen; ich verweise da nur auf die Rolle Poincarés selbst als Generalratspräsident. Weiter hat sich mehr und mehr die Gewohnheit eingebürgert, daß die Generalräte ganz allgemein auch zu den politischen Angelegenheiten Stellung nehmen. So find benn heute die Generalratswahlen in Frankreich auch politische Wahlen, die als Barometer der Volksstimmung gewertet werden. Nur ist das Ergebnis nicht so bedeutsam und auch nicht so klar wie bei den Parlamentswahlen.

Ganz abgesehen von diesen allgemeinen Erwägungen muß jedoch jeder Wahlgang in Elsaß-Lothringen heute besondere Beachtung verdienen. Wie jede andere Außerung des öffentlichen Lebens dient er vor allem zur Stellungnahme in der einen großen Frage des Landes, in der Frage der Autonomie. Die angesammelte Mißstimmung entlädt sich bei jeder von oben nicht oder nur schwer

zu beeinflussenden Wahl. Das wußte man in den französischen Kreisen wohl. Man hat deshalb von der Seite der Behörden alles ausgeboten, um eine solche Kundgebung einzuschränken, wenn man sie nicht schon unmöglich machen konnte. Die gesamte der Regierung zur Versügung stehende Presse hat einhellig die Losung ausgegeben: Gegen die schlechten Franzosen! Man brachte überall die nationale Einheitsfront gegen die Autonomisten zustande. Nationalistische Kathosliken, die durchweg nationalistisch eingestellten Demokraten, die Reste der Radistalen, schließlich die Sozialisten gingen alle Hand in Hand, um die Wahl von Autonomisten unmöglich zu machen. Man hat jedenfalls bei den Behörden und bei den nationalsfranzösisch eingestellten Kreisen nichts unterlassen, um die Autosnomisten niederzuringen.

Welches ist nun das Ergebnis? Es sei hier zuerst noch einmal darauf hin gewiesen, daß bei den Generalratswahlen natürlich in den beinahe vier Dutend Wahlfreijen Cljaß-Lothringens örtliche und perjönliche Erwägungen ebenjalls eine große Rolle gespielt haben. So kann das Wahlergebnis nicht einheitlich sein. Aber trotbem ist es unverkennbar nach seiner Richtung und seiner ganzen Bedeutung. Es ist ein unbestreitbarer großer Erfolg der Autonomisten. Da muß man vor allem einmal feststellen, daß wesentliche Teile des autonomistischen Programmes von allen Richtungen und allen Wahlbewerbern offen oder still= schweigend anerkannt worden sind. Die Berücksichtigung der deutschen Sprache und der Landesart, die Gewährung einer gewissen Selbstverwaltung wurde eigentlich von keiner Seite bestritten. Nur über das Ausmaß gingen die Meis nungen auseinander. Diese Tatsache ist für die Erkenntnis der Grundstimmung der Bolksmassen ausschlaggebend. Darüber hinaus aber ließ der Wahlausgang in zahlreichen Kantonen erkennen, daß die Bevölkerung für die weitgehenden Forderungen der wirklichen Autonomisten gewonnen ist. Fast in allen Wahlfreisen traten sich autonomistische und regierungsfreundliche Bewerber entgegen. Der Ausgang des Wahlkampses hat dann gezeigt, daß die Autonomisten in der Volksgunst obenaus schwangen. Die autonomistenfeindlichen Parteien der Sozialisten und Raditalen sind ganglich unter die Rader gekommen. Selbst der sozialistische Bürgermeister von Straßburg, der seit 25 Jahren Generalrat seiner Stadt ift, mußte weichen. Die Demokraten sind ebenfalls nicht gut weggekommen, tropdem sie wegen ihrer Zusammensetzung aus den führenden Kreisen ber Industrie, der Banten u. f. w. über große Geldmittel und starten Ginfluß verfügen. Innerhalb der katholischen Partei kam es vielfach zum Kampf zwischen autonomistenfreundlichen und autonomistenfeindlichen Bewerbern. In einer großen Reihe von Fällen hat dabei der Autonomist obenaus geschwungen. So sind die Abgeordneten Brogly, Ricklin und Rossé gewählt worden. Die offen autonomistischen Parteien schließlich haben ebenfalls gut abgeschnitten. Die Rommunisten haben in Stragburg ihren ersten Bertreter in Elsaß-Lothringen durchgebracht, den frühern Abgeordneten Hueber. Die neu entstandene liberale Fortichrittspartei hat zwei Vertreter erhalten. Die rein autonomistische Landespartei schließlich vermochte drei Site zu beseten. Insgesamt sind so in die beiden elsässischen Generalräte beinahe die Hälfte autonomistenfreundliche Vertreter eingezogen. Auch der Generalrat von Lothringen hat eine autonomistische Beismischung erhalten. Besonders schlimm vom Pariser Standpunkte aus muß dabei die Tatsache erscheinen, daß unter den gewählten Autonomisten verschiedene Angeklagte und sogar Berurteilte des Rolmarer Prozesses sich befinden.

Run stehen die französischen Behörden in Elsaß-Lothringen vor folgender Lage: Sie haben es jett nicht nur mehr mit einer unzufriedenen, aber unsorganisierten Masse zu tun, deren Wortsührer und Presse man einsach mit Geswalt mundtot machen kann. Sie stehen jett der großen und äußerst einflußsreichen katholischen Partei gegenüber, die mehr und mehr offen für den autosnomistischen Gedanken Partei ergreist. Sie stehen serner den verschiedenen rein autonomistischen Parteien gegenüber, die sich allmählich sester organisieren und auch wieder gewisse Sprachrohre erhalten. In den Generalräten und ebenso in den Kreistagen sehen sie sich einer mehr oder weniger starken autonomistischen Gruppe gegenüber, die auch in Zukunft auf Zuwachs rechnen darf. In den

Berhandlungen der drei Generalräte werden in Zukunft die Rlagen der Bevölkerung und die autonomistischen Begehren immer wieder erschallen und im Lande ihren Widerhall sinden. Und schließlich werden auch die verschiedenen autonomistischen Abgeordneten im Parlament sich in ähnlicher Weise Gehör verschaffen. Allerdings wird der Widerhall in Paris für sie kein günstiger sein; umso mehr aber wird ihr Verhalten von der internationalen Offentlichkeit bes obachtet werden. Dabei ist auch zu erwarten, daß die elsaß-lothringische Absordnung im Senat allmählich ihr Gesicht ändern wird. In kurzem wird schon der verstorbene nationalistische Vertreter Lazar Weiler durch den Grafen Andlau ersetzt werden, der sich offen für die Vertretung der autonomistischen Wünsche verpflichtet hat. Bang gleich wird es im Falle weiterer Lücken ergehen. Das alles zusammen bedeutet für die französischen Behörden, daß sie in Zukunft un= aufhörliche und steigende Schwierigkeiten antressen werden, wenn sie den bis=

herigen Kurs weiter verfolgen.

Wie stellt man sich angesichts dieser Lage nun aber in Baris ein? Man ist bort einstweilen vollkommen fassungslos. Man fann gar nicht begreifen, bag bie biektöpfigen Elfaffer fich nicht beruhigen, tropbem man ihnen nach bewährter Art einige Scheinzugeständnisse gemacht hat und mit guten Worten und Versprechungen gar nicht spart. Bereits ruft benn auch ein Teil ber Presse wieder nach der starten Sand, da die Politik der Zugeständnisse versagt habe. Besonders bezeichnend ift es dabei, daß sich bei diesem Geschrei auch die Linkspresse beteiligt, die so einmal mehr ihre innere Grundsatlosigkeit und die völlige Wertlosigkeit ihrer freiheitlichen Schlagworte nachweift. Db es die Regierung allerbings noch einmal mit ber Gewaltpolitik versuchen wird, nachdem sie damit bereits einen so niederschmetternden Migerfolg erlitten hat, steht dahin. Man barf wirklich gespannt darauf sein, welchen Ausweg Poincare mählen wird. Wird er zur Gewalt greifen ober durch wirkliche Zugeständnisse und Verbesserungen der Bewegung das Wasser abzugraben suchen oder wird er mit der bisherigen Politik halber Zugeständnisse und endloser Schikanen weiterfahren? A a a u, den 30. Oktober 1928.

hektor Ammann.

Frankreichs politische Schwenkung.

Wollte man aus der bunten und oft widerspruchsvollen Mannigfaltigkeit der Erscheinungen das Grundgeset der gegenwärtigen Politik Frankreichs herausheben, so würde man auf ein ziemlich neues, noch nicht völlig ausgereiftes und durchgebildetes System stoßen, dessen wesentlicher Punkt durch die wachsende Erkenntnis bedingt ist: Daß es für Frankreich in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, die politischen Gegensätze zu It al i en auszugleichen oder auch nur abzusschwächen. In Zusammenhang mit dieser geschichtlich neuen Einstellung gebracht, verlieren die Tendenzen und Handlungen des Quai d'Orsah den Charakter der reinen Improvisation, der ihnen seit etwa Jahresfrist nicht selten anzuhasten schien; sie ergeben sich dann, mathematisch gesprochen, als "funktionelle Werte", die man nur an einer Konstanten messen dars.

Es ist hier nicht die Stelle, eine Geschichte der Beziehungen zwischen der Benehrlikt und dem fasseistischen Expression zu schreiben Expression aus and der Konstanten der

Republik und dem faschistischen Königreich zu schreiben. Es wäre ohne Zweifel eine Chronik verpagter Gelegenheiten, vermischt mit schlechtem Willen ober gang einfacher Furcht: aber auch viel schicksalhaftes Erfüllen, wie immer, wenn sich das Bölkerleben zum Drama zuspitt. So viel nur sei bemerkt: Daß es mit großer Wahrscheinlichkeit möglich gewesen ware, die sozusagen in dividuellen Begenfage zwischen ben beiden Mächten zu überbrücken. Das Problem Tunis hätte durch eine vernünftige Einbürgerungspolitik Frankreichs auf absehbare Beiten gelöst werden können; im Busammenhange damit ware eine Flottenkonvention im Mittelmeer bentbar gewesen, und ein Statut über die italienischen Einwanderer in Frankreich, sofern nicht inzwischen der Bölkerbund über diese wichtige Frage allgemeine Konventionen ausgearbeitet hätte. Die unüberwind= liche Schwierigkeit lag auf einem ganz andern Gebiet: jenseits der Adria. Die politische Verständigung zwischen Frankreich und Italien war von dem Tage an unmöglich, wo Rom keinen Zweisel mehr an seinen Durchdringungsabsichten auf dem Balkan ließ. Mit dieser Willensbekundung pflanzte es das Messer "zwei Zentimeter vom Herzen Frankreichs"; Paris kann Belgrad, kann Südsstawien nicht aufgeben, ohne seiner gesamten Nachkriegspolitik den Todesstoß zu versehen, die Grundlage seiner europäischen Vormachtstellung zu erschüttern. Es gibt am Quai d'Orsah kein heiligeres Dogma als das der Unantastbarkeit eines Gleichgewichts, in dem man zu recht oder zu unrecht die Voraussehung des Friedens selber erblickt; dabei wirkt allerdings, unbewußt vielleicht, das alte Geseh französischer Diplomatie mit, nie ein Bündnis mit einem gleichmächtigen Nach dar einzugehen, er sei denn durch ein Meer oder doch wenigstens durch einen breiten Kanal geschieden.

Es ist ein Lieblingstraum der französischen Linken gewesen, auf dem europäischen Festland eine Art "horizontalen Blod" zu schaffen, beffen Stofftraft sich bald bis nach Mostau erstreckt hätte. Er scheiterte an der innern Entwicklung Frankreichs, nicht minder aber auch an der Unmöglichkeit für das entwaffnete Deutschland, attive Politif gegen eine europäische Großmacht zu betreiben, von der es nicht einmal wesentliche Gegensätze trennen. Bon diesem Augenblicke an hatte Locarno seinen rein gefühlsmäßigen Inhalt verloren; der berühmte, gleichnamige "Geist" verhüllte bis auf weiteres sein Haupt, und es blieb ein diplomatisches Instrument, nicht besser und nicht schlechter als so viele andere, mit dessen Hilfe man leidlich auszukommen vermag: was es sonst noch zwischen Deutschland und Frankreich gibt, läßt sich hoffentlich rein versstandesmäßig und kühlen Herzens lösen; Habe und Liebe müssen sich gleichers maßen neutral verhalten. Als nun die europäische Politik an diesem Punkte ihrer Entwicklung angelangt war — man kann ihn ungefähr in den Borsfrühling dieses Jahres verlegen —, da erlaubte sich die Geschichte einen jener Bockssprünge, wie sie in allen Zeiten als "Fronie des Weltgeschehens" beskannt waren. Es war während einer entscheidenden Sitzung der Kommission für Abrüftung in Genf, wo nach ergebnistofer Debatte der Bertreter der Bereinigten Staaten ben Vorschlag machte: England und Frankreich sollten sich erst unter fich über die zwischen ihnen strittigen Puntte einigen. Still und nachdenklich reiften die Frangofen beim: es mochte ihnen icheinen, bas Schickfal felber habe gesprochen. Es tam zu langwierigen Berhandlungen und Besprechungen zwischen den Parteien der "Union Nationale" wie im Schofe des Rabinetts Poincaré; die großen Botschafter der Republik sprachen nacheinander in Paris vor, die vorsichtigen Fühler nach London hin verdichteten sich zu festeren Gebilden, und eines Morgens wurde die Welt durch die Ankundigung eines "Flottenkompromisses" überrascht, hinter dem nur ganz Naive eine rein technische Abmachung, wie sie Gibson im Auge hatte, vermuten konnten. Zum ersten Mal seit den Tagen La Fahettes, der unter dem Jubel von ganz Frankreich mit seinen Freischaren die amerikanische Republik aus der Blutstaufe hob, betrat die französische Diplomatie Wege, die nicht nach Washington führten. Eine leise, angstvolle Opposition nur - wer genau hinhorchte, konnte fie etwa bei Stephane Lauzanne im "Matin" entdecken. Sonst aber blieb alles still, und sogar die äußerste Rechte, Cothpresse und "Echo de Paris", wandte sich mit den schärfsten Worten gegen I talien, hinter dem man in Wirklichkeit die Verseinigten Staaten selber zu tressen wußte. Nach und nach wurde der Einsats immer höher: nicht nur die kleinen Schissseinheiten, deren Begrenzung oder Nichtbegrenzung stehen heute in Frage, sondern das Abkommen von Bashingston fon selber und die dort festgesetzten Verhältnisziffern für die "capital ships". Die Franzosen sprechen es offen aus, sie seien damals überrumpelt worden; durch einen Zufall, den es selber nicht zu erhoffen wagte, habe Italien die gleiche Ziffer mit Frankreich zugestanden erhalten. Eine solche Lage der Dinge sei einsach unhaltbar, ba Italien seine Gesamtflotte jederzeit im Mittelmeer vereinigen könne, während Frankreich seine Ginheiten zum Schut der Rolonien und der Verbindungen mit dem Mutterland auf drei oder vier Meere verteilen

müsse. Der gegenwärtige Zustand bedeute daher im Ernstfall die Abschneibung der lebenswichtigen nordasrikanischen Besitzungen von Frankreich, dessen Exisstenz zuschlessen diese Beise bedroht sei. — Sine solche Logik ist an sich unsansechtbar; doch kann Kom jederzeit erwidern, daß Frankreich durch seine Gesamtpolitik dasür Sorge trage, daß es in eben dem angesührten Falle im Mittelmeer nicht alle in sein wird, während Italiens natürlicher Bundesgenosse weit, sehr weit vom Schusse ist... Belchen Gang auch die Entwicklung der nächsten Monate auf diesem Gebiete nehmen wird, eine Tatsache scheint sicher zu sein: Daß auf absehdare Zeiten nicht an eine wirkliche Begrenzung oder gar Abrüstung der Streitkräfte zur See gedacht werden kann. Keinem andern als dem politischen Direktor am Duai d'Drsay, Philippe Berthelot, entschlüpfte das surchtbare Bort: daß einem neuen maritimen Wettrüsten gleichermaßen zu einem völligen Bankrott gesührt: Die der Einzelabkommen, und die der internationalen Kongresse. Nie noch hat es die Welt erlebt, daß nach einer so feierlich verstündeten Acht ung des Krieges so sieberhaft an den Wertze ugen des Krieges gearbeitet wurde. Allerdings muß gesagt werden: Die "Bedettenrolle" kommt dabei den Festlandsmächten Frankreich und Italien nicht zu: sie stellen bloß die Sekundanten dar.

In diese weltgeschichtlichen Ereignisse und Tatsachen hinein verweben sich gewisse Vorgange in der französischen Innenpolitit, die wegen ihres hemmenden oder fördernden Charafters hier nicht stillschweigend übergangen werden dürfen. Handelt es sich doch um die Existenz des Rabinetts Poincaré selber, um das Janusgesicht der Kammer, das die trot allem zwiespältige Lage Frankreichs in seiner Rätselhaftigkeit getreu widerspiegelt. Ein unvorsichtiger Leitartikel bes offiziösen "Temps" sprach in dürren Worten aus, was Eingeweihte längst wußten: daß nämlich die "unionistische" Regierung Poincaré-Sarraut ihr Dasein auf einen konservativen Wahlsieg in England gesetzt hat. Hier befindet sich der schwache Punkt der neuen französischen Politik: sie verbindet in erster Linie Parteien und begibt sich in gewollte Abhängigkeit zum Hazardsspiel einer Bolksbestragung. Mit scharfem Blick hat die Opposition in Frankreich sowohl wie auch in England diese Achillesserse erkannt; der Labour-Parteitag in Birmingham ließ darüber keinen Zweisel, und wer eine Bestätigung will, dem wird sie mit aller Wahrscheinlichkeit Ansang November im Verlause des rodikalsinglistischen Langenspieß in Argentals gegeben werden. radikal-sozialistischen Kongresses in Angers gegeben werden. Der Streit um die Artikel 70 und 71 des französischen Staatshaushalts mag in der Ferne als eine ergötliche Komödie erscheinen: es handelt sich bekanntlich bei dem ersten um die Rudgabe des noch nicht anderweitig verwerteten Kirchenguts an die Diözesanverbande, bei bem zweiten um die Niederlassungsgenehmigung für ausgewiesene Missionsorden. Seit Monaten ift bas Budget verteilt, Minister und Ausschüsse haben darüber beraten — da entdeckt man plötlich die beiden Unglücksartikel, von benen kein Mensch etwas wissen will. Es ist die reinste Gaukelei. Der Hut war vorher leer — da fliegen auf einmal zwei Tauben heraus. Die gesamte Linke gerät in Aufruhr. Wer ist der Schuldige? Wer hat sich ein solch frevelhaftes Spiel erlaubt? Poincaré? Marin? Oder gar Briand?

Eine lustige Komödie: aber nur von Außen her besehen. Das Wesen der Sache trägt ein ganz anderes Gesicht. Nicht nur der poincaristische und konservative "Temps": Auch die sozialistische und radikale Linke hat ihre Augen auf England gerichtet. Die tragische Satire der Genser Abrüstungsdebatten hat in Frankreich ohne Zweisel Manchem die Augen geöffnet. Die englischsfranzösische Geheimdiplomatie und deren verhängnisvolle Folgen, wie sie von einem Wissenden, Philippe Berthelot selber, in der angegebenen Weise gekennzeichnet worden sind, rusen Besürchtungen wach, die man nicht einmal auszusprechen wagt. Es ist eine völlige Wiederkehr zu den alten, überlebten Methoden des europäischen Gleichgewichts — ja schlimmer noch: ein politisches Doppelspiel siel sowohl dem Kontinent wie auch Amerika gegenüber. Aus dem Kontinent: Ist nach der Ersneuerung der "Entente" England noch in der Lage, das ihm durch das Abs

kommen von Locarno zugewiesene Schiedsrichteramt zwischen Deutschland und Franfreich auszuüben? Mit welchen Mitteln fonnte es gegen bas verbunbete Frankreich einschreiten, wenn dieses die entmilitarisierte Rheinzone verlette? Und lag es nicht in der Absicht gewisser französischer Unterhändler — das Flottentompromiß ist nach dem Zeugnis des bestunterrichteten Henry de Jouvenel (Revue de Paris, 15. Ottober) nicht am Quai d'Orjan, sondern im Marine = ministerium ausgearbeitet und dem Auswärtigen Amt bloß zur Unterschrift vorgelegt worden —, das ihnen unbequeme Instrument von Locarno in seiner gegen Frankreich gerichteten Spitze umzubiegen? — Was nun die Vereinigten Staaten angeht, fo mußten die gleichen Stellen fehr wohl, daß das Abkommen für fie unannehmbar war; die dadurch hervorgerufene Stimmung fonnte der anderweitig beabsichtigten Mobilifierung der Dawesobligationen, die naturlich nur mit amerikanischer Silfe bewerkstelligt werden kann, nicht gunftig fein; indem die französische Diplomatie gegen Wind und Wetter an einer tatfachlichen und logischen Berbindung der Rheinlandräumung mit den Repa-rationsschulben festhält, gelangt sie in den Berdacht, die Räumung zu sabotieren ober ad calendas graecas hinausschieben zu wollen. Diese ungeheure Gefahr scheint nun teilweise wenigstens von den Führern der Oppositionsparteien in Frankreich begriffen worden zu sein; beängstigend genug ist ja schon für sich allein die Tatsache, daß die Regierung Poincaré ihre Unterschrift zu der Haager Fakultativklausel nicht erneuert hat und dadurch deutlich zu erkennen gibt, baß es von dem Herriot'schen obligatorischen Schiedsgericht nicht allzuviel wissen will: vielleicht fühlt es sich schon heute gewissen Staaten gegenüber so gebunden, daß eine objektive Gerechtigkeit nicht mehr möglich ist.

Aus dieser "Sackgasse des Friedens" scheint es jett nur mehr einen einszigen Ausweg zu geben: Einen überwältigenden Sieg der Arbeiterpartei in England. Es ist deshalb auch wenig wahrscheinlich, daß die schwebenden Fragen ber Weltpolitit, Räumung, Reparationen, Ruftungsbeschräntung, bis Mitte 1929

wesentlich gefördert werden.

Paris, im Ottober 1928.

A. Büt.

Bücher-Rundschau

Weltgesicht.

Balter Bloem: "Beltgesicht". Grethlein & Co., Leipzig=Zürich. Walter Bloem, ben Besinger militärischen Glanzes im Deutschen Kaiserreich auf einer Reise um die Welt der Nachkriegszeit zu begleiten, bietet seine eigenen Reize. Doch greift sein "Weltgesicht" an Gehalt und Bedeutung weit über den Rahmen eines Reisebuches im gewohnten Sinne hinaus. Bloem gibt keine Reiseeindrücke und Reiseerlebnisse im landläufigen Sinn; er gibt wesentlich mehr, und der Untertitel: "Ein Buch von heutiger und kommender Menschheit", ist wirklich faum zu hoch gegriffen. Über Sovjetrußland, Sibirien und die Mandschurei ging die Fahrt nach China, Japan und über den Stillen Dzean nach den Vereinigten Staaten. Welche Fülle an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen weist doch diese Namenreihe auf! Bloem weiß sie meisterlich zu gestalten. Db er spricht vom "weltanschaulichen Experiment" des Bolichewismus in Rußland und staunt "über die unerschöpfliche Zeugungstraft dieses Bodens, den un-versieglichen Lebensmut dieser Menschenmillionen", mit feiner Hand die Sonde anset an der "verkappten Dligarchie" des Rätespstems und hineinleuchtet in die Tiefen ruffischer Massenpsychologie, ob er mit einer Ergriffenheit sondergleichen die Rräfte bloßlegt, die im burgerkrieg-durchwühlten China eine neue Welt gebären, stets weiß er zu paden und zu fesseln. Wir gestehen, noch selten